

Aus dem alten Leogang:
=====

1947:

Dem in der Sitzung am 22. Februar gebildeten Gesundheitssprengel-
ausschuß gehörten an: Adam Herzog, Reichtödlingbauer - Obmann;
Georg Stöckl, Neudeckbauer - Obmann-Stellvertreter, und die Mit-
glieder Eder Alois, Martlbauer; Schernthaner Peter, Hinteraubauer;
Deisenberger Maria, Hebamme und Schwabl Ursula, Bindermeisters-
gattin.

Am 3. April wird die neue Geschäftsordnung der Gemeindevertre-
tung beschlossen, die dann bis 1957 gültig war.

In der gleichen Sitzung wird beschlossen, von der Betriebsleitung
Saalfelden der SAFE eine Lautsprecheranlage bzw. Verlautbarungs-
anlage um 3.400,-- S zu kaufen.

Der Auftrag der Bezirkshauptmannschaft Zell am See, zwei Leogan-
ger Betriebe unter öffentlicher Verwaltung zu stellen, wird von
der Gemeindevertretung abgelehnt, es wird lediglich erörtert,
eine öffentliche Aufsichtsperson zu bestellen, sofern sich eine
solche im Bezirk findet.

Der Entwurf des Jahresvoranschlages 1947 sieht 160.100,-- S Aus-
gaben vor, denen 121.700,-- S Einnahmen gegenüberstehen. Der
Differenzbetrag von 38.400,-- S soll durch eine Gemeindeumlage
auf die Grundsteuer A, Grundsteuer B und die Grundsteuer C ge-
deckt werden.

Wegen des zeitbedingten Materialmangels und auch aus finanziellen
Schwierigkeiten wird in der Sitzung vom 9. August der Fernsprech-
anschluß für das Altersheim abgelehnt, ebenso wird der Ausbau
des Totengräberhauses auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

In der Sitzung am 13. September wird die Gemeindejagd an das Bayrische Forstamt Leogang und die Österr. Bundesforstverwaltung Saalfelden verpachtet mit der Auflage, daß neun bäuerliche Jagdinteressenten einen noch zu bestimmenden Teil der Gemeindejagd in Afterpacht annehmen können.

Interessant ist Punkt 2 des Sitzungsprotokolls vom 6. Dezember.

"Ein Industrieunternehmen zur Gewinnung und Verarbeitung von Magnesit ist mit dem Projekt an die Öffentlichkeit getreten, in Griesen einen Hochofen zu errichten, zur Weiterverarbeitung des am Spielberg gewonnenen Magnesits. Für diesen Zweck hat die Gesellschaft bereits zwei Hektar Grund von der den Griesener Bauern als Gemeinschaftsweide gehörenden "Griesener Heimweide" erworben. Der Gemeindevausschuß weiß aus Beispielen in anderen Industrieorten, welche schwere Schäden durch die Rauch- und Abgasentwicklung der Hochofen und Fabriksanlagen den landwirtschaftlichen Kulturen und den Wäldern im Umkreis von mehreren Kilometern entstehen können. Mit Rücksicht auf die schweren Schäden für die Landwirtschaft erklärt sich der Gemeindevausschuß einstimmig gegen die Errichtung des geplanten Hochofens in Griesen. Es wird beschlossen, an die Landesregierung Salzburg ein Gesuch zu richten mit der Bitte, die Errichtung eines Hochofens in Griesen unter allen Umständen zu verhindern."

Am 6. Dezember wird ein Bezugsscheinausschuß gebildet, der die Verteilung der Bezugsscheine für bewirtschaftete Waren und Gegenstände regeln soll. Diesem Ausschuß gehören an: Riedlsperger Thomas, Hütten 20; Pfeffer Barbara, Berg 115; Stockklausner Helene, Leogang 13; Fersterer Johann, Rosental; Müllauer Ägidius, Matzbauer und Moßhammer Leonhard, Rosental.

1948:

Punkt 3 des Sitzungsprotokolls vom 5. Jänner heißt: "Das Projekt der Österreichischen Bundesbahn betreffs Errichtung einer Haltestelle in Hütten wird vorderhand auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Der Gemeindevausschuß hat gegen die Errichtung einer ständigen Haltestelle in Hütten grundsätzlich nichts einzuwenden, jedoch ist die Gemeinde auf Grund der Kostenausgaben, welche beim Gemeindehausbau entstanden sind und noch entstehen werden,

derzeit nicht in der Lage, die finanziellen Kosten in der Höhe von 7.000,-- S voll zu tragen. Außerdem sind noch andere unaufschiebbare Reparaturen bei Gemeindeprojekten vorzunehmen.

Gemeindeausschußmitglied Lottersperger wird beauftragt, sich persönlich in dieser Angelegenheit mit der zuständigen Bundesbahndienststelle ins Einvernehmen zu setzen und dabei der Bundesbahn die Stellungnahme der Gemeinde zu unterbreiten."

Bereits am 28. Februar wird der Bezugsscheinausschuß neu erstellt, dem nun Johann Riedlsperger, Gensluckner Anton, Moßhammer Leonhard, Tribuser Leonhard, Franz Riedlsperger und Herzog Josef angehören.

Die Bemühungen um die Errichtung einer Fabriksanlage für die Magnesitverarbeitung kommen im Punkt 2 des Protokolls am 5. Juni neuerlich zum Ausdruck.

"Über Einladung des Bürgermeisters erschienen die Vertreter der Gemeinde Hochfilzen: Herr Bürgermeister Johann Wörgötter, Herr Vizebürgermeister Hermann Gaisbichler und vier Gemeindevertreter; nach kurzer Begrüßung durch den Bürgermeister dankt Herr Hermann Gaisbichler als Wortführer der Gemeindevertretung Hochfilzen für die Einladung und wird sogleich die gemeinsame Aussprache zum Gegenstande:

Erbauung von 2 Hochöfen an der Grenze Tirol-Salzburg durch die Österreichisch-Amerikanische Magnesitaktiengesellschaft Radenthein (Kärnten) eingegangen.

Kurze Darstellung der Sachlage: Die Magnesit-Aktiengesellschaft plant vorerst zwei Hochöfen, einer auf tirolerischer, einer auf salzburger Seite zu errichten. Nachdem von beiden Gemeinden Vertreter in Radenthein waren und sich die dortigen Verhältnisse besehen haben, sind sich beide Gemeindevertretungen dahin einig, daß für die Gemeinden Hochfilzen und Leogang aus diesem Werke nur ein Nutzen in Bezug auf Steuereinnahmen ergeben könne, auch hier erscheint eine für die Gemeinden nicht günstige Beweglichkeit dadurch vorhanden, daß zwei Bundesländer für den Sitz des Hauptbetriebes in Betracht kommen.

Als Nachteile sind zu werten:

a) Rauchschäden: Wenn auch Entstaubungsanlagen eingebaut wurden, so sind Rauchschäden an Garten, Wiesen, Ackerland und Waldbeständen bis 2 km Entfernung in Windrichtung unvermeidlich, es ist sicher umständlich, alljährlich Verhandlungen und Schätzungen der Schäden durchführen zu müssen, wenn sich dies auch dadurch vereinfachen ließe, daß durch 2 Jahre vor Betriebsaufnahme genaue Aufnahmen der Bodennutzung als Grundlage für spätere Schadensaufnahmen im Gefährdungsgebiete gemacht würden.

Nicht zu vergessen sei, daß dieses Gebiet an der Wasserscheide liegt, daß die in Griesen vorhandenen Quellen, aus denen auch Hochfilzen mit Trinkwasser versorgt wird, viel zu wenig Leistung haben, um eine dann unbedingt notwendige Bewässerung der Grundstücke in der Rauchzone durchführen zu können.

b) In der Ländarbeiterfrage dürfte eher eine Vermehrung des Mangels an Arbeiter als eine Besserung eintreten;

c) Der Fremdenverkehr wird ohne Zweifel Schaden erleiden, was für das in der Nähe liegende Dorf Hochfilzen von großer Bedeutung sei. Abgesehen davon, daß sich ein Zuzug von nicht immer einwandfreien Personen nicht verhindern lasse;

d) Und schließlich wird der bäuerlich ländliche Charakter dieser an sich so schönen Landschaft durch die Bauten und rauchenden Schlote wohl fast verwischt, und dies mitten im Fremdenverkehrszirkel Kitzbühel - Zell am See.

Die beiden Gemeindevertretungen Hochfilzen und Leogang beschließen einstimmig:

1) In diesem Gegenstande stehen beide Gemeinden zusammen, werden sich gegenseitig im Laufenden halten und wird eine dieser Gemeinden nicht in eine Bindung eingehen ohne vorheriges Einvernehmen mit der anderen Gemeinde.

2) Beide Gemeinden berichten im Sinne dieser Verhandlung an ihre Landesregierungen und sollen beantragen, daß die in "Mitterberghütten" vorhandenen Bauten und Anlagen für die Errichtung dieses Magnesitwerkes ins Auge gefaßt werden sollten. Dort fallen die Rauchschäden auch nicht mehr ins Gewicht und schließlich wird die Bundesbahn auch wieder Interesse durch den Transport des Magnesitgesteines von Leogang bzw. Hochfilzen nach Bischofshofen, die elektrifizierte Bahnstrecke bestens ausnützen zu können.

3) Beide Gemeinden sind gegen die Errichtung der geplanten Anlage an der Grenze von Tirol-Salzburg."

Unter Punkt 4 wird die Verhandlungsschrift der Landesregierung über die Verhandlung am 2. Juni 1948 betreffend die Wegumlegung am Brentbichl verlesen. Hierzu heißt es unter anderem: "Das Ergebnis dieser Verhandlung ist die Weglassung der Umlegung der Gemeindestraße durch eine Trassenführung unterhalb des Brentbichls und beschränkt sich auf eine Erweiterung und Sichtigmachung der bisherigen Gemeindestraße über dem Brentbichl mit geringfügigen Steigungsausgleichen. Der versammelte provisorische Gemeindeausschuß ist einstimmig der Ansicht, daß diese Besserung, die auch bedeutende Kosten erfordert, keine Lösung darstellt, die Steigung ist nach wie vor und ein Schwerfuhrwerksverkehr nicht möglich und ist der provisorische Gemeindeausschuß nicht in der Lage, bei diesem Projekt die Zustimmung zu geben. Nach Meinung des Gemeindeausschusses kann diese Straßen- bzw. Verkehrssache nur durch eine Trassenführung unterhalb des Brentbichl zur Zufriedenheit der bäuerlichen u.a. Fuhrwerksbesitzer gelöst werden. Es sei besser, den alten Zustand noch einige Zeit zu belassen, bis die Gemeinde die laufenden Bauvorhaben beendet habe und in der Lage sei, die Kostenbeiträge für eine Umlegung tragen zu können."

Zum Ausgleich des der Gemeindevertretung am 14. August vorgelegten Voranschlages 1948, der einen Abgang von 97.700,-- S vorsieht, wird die Grundsteuer wesentlich erhöht.

Im Punkt 13 des Protokolls vom 16. Oktober wird der Wunsch ausgesprochen, daß anlässlich des Baues des Brentbichlweges mit der großen amerikan. Rohrlegemaschine auch die Bombentrichter im Tödlingwirtsfeld eingeebnet werden sollen.

Am 18. Dezember wird beschlossen, das Kriegerdenkmal unter Einbeziehung der Gefallenen des 2. Weltkrieges zu erneuern und zu diesem Zweck einen Denkmalausschuß zu schaffen, dem von Seiten der Gemeinde angehören: Schernthaner Rupert, Lottersperger Sebastian, vom alten Denkmalausschuß Dr. Wenzl Talmann und Matthias Schwaiger, von den Heimkehrern des 1. Weltkrieges Riedlsperger Thomas und Seyffertitz Theobald, von den Heimkehrern des 2. Weltkrieges Josef Riedlsperger und Müllauer Alois.